

UDK 330.342.14 (430)  
Prethodno priopćenje  
Primljeno: 27. 10. 1990.

Dr. HARTMUT LÖFFLER,  
Fachhochschule für Wirtschaft Pforzheim  
Bundesrepublik Deutschland

## PERSPEKTIVEN DER GESAMTDEUTSCHEN WIRTSCHAFT\*

### (PERSPEKTIVE JEDINSTVENE NJEMAČKE PRIVREDE)

*U radu o prijeporima i izgledima gospodarskog razvoja i rasta Savezne Republike Njemačke s DDR—om razlaže se anatomija i procjenjuju mogućnosti tog razvoja. U tom su kontekstu posebno akcentirane sistemske promjene i međubilancia s perspektivnim gospodarsko—političkim posljedicama.*

*Nakon monetarne prilagodbe koja je, dobro pripremljena, prošla bez većih tehničkih teškoća i prijetećeg inflatornog udara, prisutne su sasvim realne mogućnosti drugih aspekata prestrukturiranja. Pri tome se ne mogu zanemariti neke nezaobilazne teškoće koje "arhitekti" svenjemačke ekonomije ne mogu ignorirati. To je, prije svega, robustna gospodarska dinamika s adekvatnom potrošnjom stanovništva u zapadnom dijelu jedinstvene zemlje i relikvi četrdesetgodišnjeg "realno egzistirajućeg" socijalizma kao što je etatističko—birokratski mentalitet, nefleksibilnost i atrofija inicijative, odsustvo poduzetničkog iskustva i teškoće vlasničke transformacije u istočnom dijelu Njemačke ( i drugim istočnoevropskim zemljama).*

*Medutim, uz sve kontroverze prilagođavanja i prestrukturiranja gospodarstva u dijelu ranije istočne Njemačke, srednjoročni i dugoročni izgledi privrednog rasta u radu su povoljno ocijenjeni.*

\* Schriftliche Fassung eines Vortrags, gehalten am 27. September 1990 in Böblingen.

(1) Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in Mittel—und Osteuropa haben seit dem letzten Jahr zu einem tiefgreifenden Umbruch geführt. Zu den Fortschritten in der Westintegration und dem großangelegten Deregulierungsprogramm hin zu einem europäischen Binnenmarkt treten jetzt die Systemtransformationsprozesse in den früheren Staaten des realexistierenden Sozialismus.

(2) Von diesen grundlegenden Veränderungen ist Deutschland in besonderem Maße betroffen.

Erstens wurde mit der DDR am 01. 07. 1990 eine Währungs—, Wirtschafts— und Sozialunion eingegangen. Am 03. Oktober erfolgt der politische Zusammenschluß.

Zweitens eröffnen die Reformprozesse in Jugoslawien, in Ungarn, der CSFR, in Polen und künftig wohl auch in der UdSSR neue wirtschaftliche Kooperationsmöglichkeiten. Im Vergleich zu anderen Industrieländern hat die deutsche Wirtschaft in Mittel— und Osteuropa besonders "gute Karten", kann sie doch an traditionelle Verbindungen in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht anknüpfen. Zu berücksichtigen ist auch, daß über die DDR die Türen zu den Comecon — Staaten weit offen steht.

(3) Der Beitrag soll sich auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

Da die gesamtdeutsche Wirtschaftsentwicklung sehr wesentlich vom Transformationsprozeß in der DDR abhängt, sollen zunächst einige grundsätzliche Überlegungen zum Systemwandel angestellt werden.

In einem zweiten Teil wird auf die aktuelle gesamtwirtschaftliche Situation in den beiden Teilen Deutschlands eingegangen.

Nach der Erörterung der kurzen Sicht sollen drittens einige Aspekte zum längerfristigen Entwicklungspotential des gesamtdeutschen Wirtschaftsraums dargelegt werden.

Mit einigen wirtschaftspolitischen Folgerungen schließt der Beitrag.

### GRUNDSATZLICHE ÜBERLEGUNGEN ZUM SYSTEMWANDEL

(4) Die Ausgangslage 1989/90 kann für die DDR wie folgt beschrieben werden:

Wie in allen anderen Ländern Osteuropas befand sich die DDR—Wirtschaft in einem desolaten Zustand. Ineffizienzen in der Planung führten zu Fehlleistungen und Versorgungsengpässen. Die Folge war,

daß die Produktivität immer mehr zurückfiel und die wirtschaftliche Entwicklung stagnierte. Die Versorgungslage, insbesondere mit längerlebigen Konsumgütern, wurde von der Bevölkerung als unbefriedigend bewertet. Der Kapitalstock veraltete immer mehr, die Infrastruktur wurde ganz vernachlässigt und Umweltschäden haben drohende Ausmaße angenommen. Diese Fehlentwicklungen sind auf das Wirtschafts— und Gesellschaftssystem zurückzuführen. Die politische und wirtschaftliche Ordnung des "realexistierenden Sozialismus" hat versagt. Sie wurde deshalb, wie die ersten freien Wahlen zeigten, von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Im Wahlergebnis manifestierte sich auch der Wille nach einer deutsch-deutschen Vereinigung.

(5) Gleichwohl fällt es nicht wenigen Bürgern schwer, Ihre Identität voll aufzugeben und sich in das sozioökonomische System Westdeutschlands integrieren zu lassen. Manche wollen deshalb auch in die soziale Marktwirtschaft "eingepflanzt" haben. Sie denken dabei insbesondere an sozialpolitische Errungenschaften und gesellschaftliche Beschränkungen von Eigentumsrechten. Staatliche Vollbeschäftigungsgarantie, das "Recht auf den Arbeitsplatz" und Unkündbarkeit von Arbeitsverhältnissen sind aber mit einem marktwirtschaftlichen System nicht vereinbar. Privateigentum an sachlichen Produktionsmitteln ist ein konstituierendes Element einer Marktwirtschaft. Auch das eingeforderte "Recht auf Wohnraum" ist mit marktwirtschaftlichen Prinzipien unvereinbar.

Systembestimmende Elemente widersprechender Gesellschafts— und Wirtschaftsordnungen können logischerweise nicht miteinander kombiniert werden.<sup>1</sup>

Versuchte man dies dennoch, dann käme es zu Inkompatibilitäten und zu Konfliktpotentialen. Auf einen solchen Versuch wollte und konnte man sich seitens der Bundesrepublik Deutschland zu Recht nicht einlassen. Staatliche und wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik haben sich im ganzen bewährt. Systemkonstituierende Veränderungen stehen deshalb nicht zur Disposition.

Die DDR konnte sich also nur für eine wirtschaftliche und politische Integration oder dagegen entscheiden. Eine andere Wahl gab es nicht. Verhandlungsfähig waren letztlich nur noch Vorgehensweise und flankierende Maßnahmen für einen Übergangszeitraum.

(6) Bezüglich des Zeitrahmens und des Tempos herrschte anfänglich in beiden Staaten die Vorstel-

lung vor, man könne den Umgestaltungs— und Anpassungsprozeß schrittweise vollziehen. Die DDR hätte demnach eine Preisreform, eine Reform der Finanz— und Geldverfassung sowie Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Betätigungen zu schaffen gehabt. Man hätte über den Markt den Wechselkurs der DM zur Ost—Mark bestimmen lassen können. Die Währungsunion wäre nach dieser Strategie gewissermaßen die Krönung des wirtschaftlichen Intergrationsprozesses gewesen.

Durch die fortschreitende Erosion der staatlichen Handlungsfähigkeit in der DDR auf allen Ebenen und der anhaltend massiven Exodus von DDR—Bürgern blieb für ein schrittweises Vorgehen keine Zeit mehr. Der DDR war deshalb eine Schocktherapie zu verordnen.

(7) In diesem Sinne hat die Bundesregierung bereits am 7. Februar 1990 angeboten, "die Mark der DDR als Währungseinheit und gesetzliches Zahlungsmittel durch die D—Mark" zu ersetzen, sofern die DDR "zeitgleich die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft geschaffen hat".

Damit war das Transformationskonzept schlüssig: Mit der DM—Einführung am 1. Juli 1990 änderte sich die Währungsordnung der DDR. Die Bundesbank übernahm die geldpolitische Verantwortung für beide Teile Deutschlands. Gleichzeitig mußte das Bankensystem der DDR reformiert werden. Die neue Währung als Dreh— und Angelpunkt sorgt dafür, daß— nach einigen Anpassungsprozessen — in der DDR westdeutsche Preise für handelbare Güter gelten. Mit der Währungsumstellung wurden die Akzisen und Preissubventionen abgeschafft. Planwirtschaftliche Lenkungsmethoden wurden vom Marktmechanismus abgelöst, der nun Angebot und Nachfrage zu koordinieren hat.

(8) Doch die Währungsunion konnte nur eine erste, wenn auch zentrale Etappe sein. Es wäre ein Irrtum, glaubte man, daß sie die Probleme der DDR lösen würde. Im Gegenteil, die ohnehin begrenzt wettbewerbsfähige DDR—Wirtschaft wurde einem neuen Schock ausgesetzt. Die Strukturschwäche der Kommandowirtschaft wurde damit erst transparent. Mit dem Währungsschritt müssen weitreichende Reformen hin zu einer ökologisch orientierten, sozialverpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung einhergehen. Die Substitution der Währung wirkt gewissermaßen als Ferment für notwendige Reformen in anderen Feldern.

Nach der Währungsgemeinschaft stehen nun die realen Anpassungsprobleme im Vordergrund. Die

1) Vgl. N. Kloten, Die DDR—Wirtschaft im Systemhandel, Schwäbische Gesellschaft, Schriftenreihe 4, Stuttgart 1990

Märkte können ihre Funktion nur dann erfüllen, wenn das Recht auf Privateigentum, erwerbswirtschaftliche Betätigungsfreiheit, Offenheit der Märkte und Wettbewerb gegeben sind. Neben der Übernahme des bundesdeutschen Rechts gilt es deshalb, die Unternehmensstruktur grundsätzlich neu zu gestalten. Die Kombinate müssen entflochten werden. Die volkseigenen Betriebe müssen in privatwirtschaftliche Unternehmungen umgewandelt werden. Eine bloße Umgestaltung in Rechtsformen wie Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung ohne Eigentumsveränderungen hilft wenig. Die DDR muß offen sein, für Existenzgründungen und sie muß attraktiv sein für westliche Investoren, soll das Reformwerk gelingen. Schließlich muß die DDR in die internationale Arbeitsteilung hineinwachsen und ihre Branchenstruktur in die Weltwirtschaft einpassen.

### ZWISCHENBILANZ

Welche Zwischenbilanz läßt sich heute ziehen?

(9) Nach fast drei Monaten Währungsunion sind heute folgende Feststellungen zu treffen:

Die Währungsumstellung ist trotz einiger technischer Schwierigkeiten gelungen. Probleme gibt es noch bei der Abwicklung des laufenden Zahlungsverkehrs. Die Bundesbank hat die Geldmenge im erweiterten Währungsgebiet unter Kontrolle. Zu dem befürchteten Inflationsschub ist es nicht gekommen.

Mit der Währungsumstellung und der Freigabe der Verbraucherpreise ist die Kaufkraft der DDR-Bürger gestiegen.<sup>2</sup> Nach Berechnungen des Statistischen Amtes der DDR lagen die Lebenshaltungskosten im Juli um 5,5% unter dem Durchschnitt des Jahres 1989. Einerseits stiegen die Preise im Juli 1990 um 7,5% infolge des Wegfalls der Subventionen und wegen Versorgungsengpässen. Andererseits waren im Mai und Juni, gewissermaßen im Vorgriff auf den 1. Juli, für DDR-Produkte starke Preisrückgänge zu verzeichnen. Bei diesen Preisanpassungen handelt es sich um ein typisches Übergangsproblem. Die Aufhebung der Einfuhrkontingente die Zulassung westdeutscher Anbieter und die Entflechtung des DDR-Handels sorgen für Konkurrenzdruck und Entspannungen. Der Preisfindungsprozeß ist in der DDR noch in vollem Gange.

Bei zahlreichen Ge- und Verbrauchsgütern sind noch nicht alle Preissenkungspotentiale ausgeschöpft, sodaß in den nächsten Monaten mit weiteren Preiserreduzierungen zu rechnen ist.

Im Hinblick auf das Jahr 1991 ist jedoch auch mit belastenden Faktoren zu rechnen:

Die hohen Tarifabschlüsse erhöhen das Kosten-niveau für Industriegüter. Die bislang noch eingefrorenen Mieten sollen stufenweise erhöht werden. Die Kfz-Prämien, die Strompreise und öffentliche Verkehrsmittel werden teurer werden. Es ist insgesamt damit zu rechnen, daß sich Niveau und Struktur der Preise nächste Jahr wird aber zunächst noch die DM in der DDR mehr Kaufkraft besitzen als bei den westdeutschen Verbrauchern.

(10) Schwieriger stellen sich hingegen die realen Anpassungsprozesse dar. Anlaufschwierigkeiten wurden von allen Experten erwartet. Denn es war klar, daß die Systemschwächen im Transformationsprozeß transparent und nicht auf einen Schlag beseitigt werden können. Das heute bekannte Ausmaß der ökonomischen Übergangskrise war von vielen jedoch nicht erwartet worden. Trotz aller Vorbehalte gegen die statistischen Angaben für die DDR, können zumindest folgende Trendaussagen<sup>3</sup> getroffen werden:

Die Industrieproduktion in der DDR ist stark gesunken.

Auch die Bauleistungen gingen zurück. Das reale Bruttoinlandsprodukt liegt nach Angaben des Statistischen Amtes der DDR im ersten Halbjahr 1990 um 7% niedriger als im Vorjahr. Über die Verwendungsseite des Produktionsergebnisses liegen bislang nur Schätzungen vor. Danach reduzieren sich die Bruttoanlageinvestitionen um 16% im ersten Halbjahr 1990. Der private Verbrauch hat real, trotz rückläufiger Bevölkerung um 7% zugenommen.

Ein starker Produktionsrückgang hat auch entsprechende Beschäftigungseffekte. Ende August waren 360.000 Arbeitslose (= 4% aller Erwerbspersonen) und 1,4 Mio. Kurzarbeiter registriert worden<sup>4</sup>. Ein großer Teil der Kurzarbeiter nimmt bei einer reduzierten Arbeitszeit an Umschulungs- Fortbildungsmaßnahmen teil.

Wie sehen die kurzfristigen Arbeitsmarktperspektiven für die DDR aus?

Auf der einen Seite stellen die jüngsten Tarifabschlüsse eine weitere Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit der DDR dar. Bereits im ersten Halbjahr wurden im Vorgriff auf die Währungs- und Sozialunion die Bruttolöhne deutlich erhöht.

Die jüngsten Tarifabschlüsse im Metallbereich, der elektrotechnischen und chemischen Industrie, im

3) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 9/1990, S. 35 ff

4) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit; Ende September wurden 445.000 Arbeitslose und 1,77 Mio. Kurzarbeiter registriert.

2) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 9/1990, S 37

Handel und bei der Reichsbahn in Höhe von ca 300. — DM bzw. 30-40% sind mit Produktivitätssteigerungen nicht zu rechtfertigen.<sup>5</sup> Das Lohnniveau dürfte gegen Jahresende um 2/5 höher sein, als zu Jahresbeginn.<sup>6</sup> Als pauschale Lohnsteigerungen nivellieren sie zudem die wenig differenzierte Lohnstruktur der DDR noch weiter. Zudem werden notwendige Entlassungen durch Kündigungsschutzabkommen und extensive Kurzarbeitergeldregelungen unterbunden. Insgesamt handelt es sich um gravierende Fehlentscheidungen auf dem Arbeitsmarkt.

Auf der anderen Seite sind aufgrund von 130.000 registrierten Gewerbeanmeldungen, überwiegend in Dienstleistungssektor und Handwerk, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erwarten. Auf kurze Sicht wird es auch neue Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft geben, wenn es gelingt, die private Wohnungsbautätigkeit anzuregen und durch eine Verbesserung der Finanzsituation der Gemeinden die kommunalen Bauten zu initiieren. Mit Wirkung vom 20.9.1990 können die Kommunen in der DDR das im Einigungsvertrag vereinbarte Darlehnsprogramm von 10 Mrd. DM für Infrastrukturverbesserungen (10 Jahre; 6,5%) abrufen.

(11) Zweifellos sind nicht wenige von den Anfangsschwierigkeiten überrascht. Andere behaupten, die beiden Regierungen hätten die Entwicklung vorhersehen können. Sie wenden ein, daß auf beiden Seiten Versäumnisse vorliegen. Die Modrow-Regierung hat wesentliche Reformansätze eher blockiert als forciert. Die Bundesregierung war andererseits aus politisch wohl verständlichen Gründen nicht bereit, mit der SED-Nachfolgepartei zu kooperieren.

Kritisiert wird auch, daß der "Sprung ins kalte Wasser" nicht genügend vorbereitet worden sei. Die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Aktivitäten hätten spätestens vom 1. Juli in der DDR stimmig gemacht werden müssen. Für Investitionsentscheidungen sind Rechtssicherheit, klare Eigentumsverhältnisse, eine Klärung der Altlastproblematik im Umweltbereich und Informationen über Ausbauplanungen im Infrastrukturbereich von zentraler Bedeutung. Diese Gesichtspunkte, so die Kritiker, seine nicht beachtet bzw. nicht in Angriff genommen worden.

Bei aller Kritik sollte das beachtliche Reformtempo, welches seinen Niederschlag in den beiden Staatsverträgen gefunden hat, nicht gering

geschätzt werden. Der Bundesregierung ist es zusammen mit der Regierung de Maizière gelungen, den wirtschaftlichen und politischen Intergrationsprozeß in kürzester Zeit voranzutreiben.

Wie stellt sich die wirtschaftliche Entwicklung Gesamtdeutschlands in diesem und im nächsten Jahr voraussichtlich dar?

(12) Insgesamt gesehen verlaufen die Wirtschaftsprozesse in beiden Teilen Deutschlands entgegengesetzt. In der DDR dürfte sich nach Schätzungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft das reale Bruttoinlandsprodukt 1990 und 1991 zusammengekommen gegenüber 1989 um 1/5 reduzieren. Die Zahl der Beschäftigten dürfte sich um 1/4 verringern. Neben der technischen Ausstattung sehen die DDR-Betriebe in Finanzierungsschwierigkeiten ein Haupthemmnis. Demgegenüber hat sich der bundesdeutsche Aufwärtstrend in diesem Jahr fortgesetzt. Bei hoher Kapazitätsauslastung haben sich die entscheidenden Wachstumsimpulse von der Auslands — auf die Inlandsnachfrage verlagert.

Der private Konsum wurde zum alleinigen "Schwungrad". Für das laufende Jahr wird ein reales Sozialproduktswachstum von 4% erwartet. Für das kommende Jahr schätzen die Experten<sup>7</sup> bei anhaltend robuster Konjunktur ein reales Wachstum von gut 3%. Bei dieser Prognose ist ein DDR-bedingter Nachfrageschub von 0,5 % — Punkten 1990 und von 1,0 - 1,5 % — Punkten 1991 enthalten.

In den Jahren 1990/91 dürften in der Bundesrepublik rund 1 Mio. zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik bildet sich etwas zurück, nach 104 Mrd. DM (1989) auf 85 Mrd. DM 1990 bzw. 65 Mrd. DM (1991).<sup>8</sup> Der Anstieg der Konsumentenpreise wird auf + 3 % (1990) und + 3,5 - 4 % (1991) geschätzt.

Wegen der verringerten Oelabhängigkeit werden von der Golfkrise keine wesentlichen Gefahren für Inflation, Beschäftigung und Wachstum gesehen. Für das gesamtdeutsche Wirtschaftsgebiet kann für dieses und das nächste Jahr von einem realen Wirtschaftswachstum von jeweils + 2% ausgegangen werden.

## LÄNGERFRISTIGE PERSPEKTIVEN

Wie sind die mittel - bis längerfristigen Perspektiven einzuschätzen?

(13) Auch wenn die Anpassungs - und Umstellungsschwierigkeiten der DDR größer sind als

5) DIW Wochenbericht vom 9. August 1990, 32/90

6) H. Albeck, Lohnentwicklung entscheidet über die künftige Höhe der Beschäftigung, in: Wirtschaftsdienst 9/1990, S. 449

7) Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute

8) Deutsche Bank Bulletin, September 1990, S. 8

vielfach erwartet, sind die Wachstumsaussichten im vereinten Deutschland gleichwohl günstig einzuschätzen. Begründen läßt sich die Meinung durch folgende Argumente:

Für westdeutsche Unternehmen bieten sich künftig vermehrte Absatzchancen in der DDR, in der Ländern Mittel- und Osteuropas und im EG-Binnenmarkt. Insofern gibt es Anreize, die Produktionsanlagen zu erneuern und auszuweiten.

Mit der politischen Eingliederung der DDR am 3. Oktober werden Investitionshemmnisse, insbesondere die Rechtsunsicherheiten, beseitigt. Die Investitionsbedingungen in der DDR haben sich bereits zum 1. Juli 1990 geändert. Dem 3. Oktober kommt aber ein wesentlicher symbolischer Charakter zu. Vielfach wird argumentiert, westdeutsche Unternehmen würden die DDR nur als Absatzmarkt, nicht aber als Produktionsstandort betrachten. Eine solche Einschätzung vernachlässigt die Standortvorteile der DDR. Die beiden Teile Deutschlands verfügen über sehr unterschiedliche Faktorausstattungen, die sich gut ergänzen.

Im westlichen Teil ist eine hohe Kapital — und Technologieausstattung gegeben. Allein in der letzten beiden Jahren hat die Bundesrepublik jeweils etwa 120 Mrd. DM Kapital exportiert.<sup>9</sup> Der östliche Teil bietet Arbeitskräfte, Gewerbeflächen und einen besseren Zugang bzw. Nähe zum osteuropäischen Markt. Positive Standortfaktoren, wenn auch nur temporär, sind Lohnkostenvorteile und Aussiedlungssubventionen. Diese Gegebenheiten machen der östlichen Teil auch für internationale Investoren interessant. Passen die Rahmenbedingungen, dann wird der Investitions - Attentismus sicherlich aufgegeben werden.

(14) Insofern spricht vieles dafür, daß die DDR mittelfristig nicht am "Tropf" Westdeutschlands hängt, sondern daß von ihr kräftige Wachstumsimpulse ausgehen.

Gelingt es, den Systemwandel ohne dauerhafte Störungen zu realisieren, dann wird dort in den neunziger Jahren mit einem realen Wachstum von durchschnittlich 7,5 % gerechnet werden können.<sup>10</sup> Die DDR - Produktion würde sich verdoppeln. Nach einem Szenario des Instituts der Deutschen Wirtschaft könnte der gesamtdeutsche Wirtschaftsraum 1990 - 2000 um zusätzlich einen Prozentpunkt pro Jahr wachsen.

9) Kieler Kurzberichte aus dem Institut für Weltwirtschaft, August 12/90, S. 1

10) Vgl. Beyfuß, J. und F. Link, Wachstum und Preisentwicklung in einem gesamtdeutschen Wirtschaftsraum, IW - Trends, Nr. 3, 1990

Der deutsche Integrationsprozeß hat auch weltwirtschaftliche Auswirkungen.<sup>11</sup> Die zusätzlichen Konsum — und Investitionsausgaben weiten unmittelbar die gesamtdeutsche Importnachfrage aus. Die Gesamtexporte der OECD - Länder zunehmen. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuß wird zurückgeführt.

Durch den zusätzlichen Kreditbedarf für Investitionen und staatliche Transfers könnte das internationale Zinsniveau andererseits leicht ansteigen und u. U. Nachfrage in den Industrieländern verdrängen (crowding - out - Effekte).

Die unmittelbaren internationalen Wirkungen der deutsch-deutschen Wirtschaftsintegration sind relativ gering einzuschätzen. Ein geeinigtes Deutschland wird aber die ökonomischen Gewichte verschieben. Damit ist künftig auch ein Mehr an internationaler Verantwortung verbunden.

#### WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FOLGERUNGEN

Diese optimistische Position, so könnte man einwenden, beachtet die Risiken einer Wirtschafts - und Währungsunion nicht entsprechend.

Die Installierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung bringt noch keinen Wohlstand in die DDR. Sie eröffnet die Chancen für wohlstandssteigernde Entfaltungsmöglichkeiten. Sie zu nutzen, ist der Privatinitiative überlassen. Es wäre aber ein Fehler, würde man die heutige Situation in der DDR mit den Zeiten der Währungsreform von 1948 vergleichen. Die Erfahrungen von 40 Jahren realexistierendem Sozialismus bestimmen den Wunsch nach Veränderung. Die DDR - Bürger sind in ihrer Grundhaltung aber gleichwohl von dem überwundenen System gezeichnet. Ein ausgeprägtes Sicherheits - und Obrigkeitdenken, Inflexibilität, mangelnde Eigeninitiative, eine begrenzte Leistungsbereitschaft und Unerfahrenheit mit marktwirtschaftlichen Prozessen sind u. a. solche Relikte, die den Transformationsprozeß erschweren.

Einen Nachholbedarf gab es auch 1948, nicht jedoch eine "Sozialstaatsmentalität".

(15) Es kommt aber nicht nur auf die Dynamik der Märkte und der sie bestimmenden Kräfte an, sondern auch auf die gesamtwirtschaftlichen Weichenstellungen.

Gefordert sind die Tarifpartner und die öffentlichen Gebietskörperschaften.

Aufgabe der Tarifpartner ist es, marktgerechte Löhne in Tarifabschlüssen umzusetzen. Dabei sollten

11) Vgl. H. Lehment, Internationale Auswirkungen der deutschen Währungs -, Wirtschafts - und Sozialunion, Beitrag Vorläufige Fassung für die Herbsttagung des Vereins für Sozialpolitik, 3. - 5. 10. 1990. Düsseldorf

sich die Tarifvertragsparteien der Bedeutung der Personalkosten für die Höhe und Struktur der Beschäftigung bewußt sein.

Dieser gesamtwirtschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, hieße für die Lohnpolitik eine Orientierung an der Produktivitäts - entwicklung. Zu fordern sind eine Differenzierung der Lohnstruktur (sektoral, faktoral, regional) und niedrige Lohnnebenkosten.

Selbst wenn man bedenkt, daß sich die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in die neugewonnene Tarifautonomie einüben müssen, so geben die jüngsten Lohnabschlüsse Anlaß zur Besorgnis.

Damit die Arbeitskräfte den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden können, sind weitreichende Umschulungs - und Fortbildungs - maßnahmen dringend erforderlich. Solche Qualifizierungsmaßnahmen laufen bereits auf unterschiedlichen Feldern und Ebenen. Sie zu intensivieren, ist Aufgabe der nächsten Wochen und Monate.

Der Sozialpolitik kommt die Aufgabe zu, die DDR - Bevölkerung in das Sozialversicherungssystem der Bundesrepublik einzugliedern. Die hohe Anschubfinanzierung für die Renten - und Arbeitslosenversicherung hat der Bund zu übernehmen. Andere staatliche Transfers kommen hinzu. Damit sind bereits Budgetbelastungen angesprochen.

Die Finanzpolitik ist in besonderem Maße gefordert, denn ohne staatliche Hilfen seitens der Bundesrepublik werden die erheblichen Friktionen durch eine abrupte Umstellung nicht zu bewältigen sein. Schätzungen über die "Kosten der deutschen Einheit" liegen weit auseinander. Über die öffentlichen Haushalte müssen bekanntlich nicht nur soziale Abfederungen, sondern auch Infrastruktur - und Umweltschutzmaßnahmen, sowie Investitionsförderprogramme finanziert werden.

Sind die voraussichtlichen Lasten nicht bekannt und auch schwer bestimmbar, dann läßt sich über deren Finanzierung trefflich streiten. Die Bundesregi-

erung hat bislang den einfachsten Weg eingeschlagen, nämlich den der Kreditfinanzierung. Motiviert wurde sie durch ergiebige Kapitalmärkte und eine sehr solide Finanzlage der öffentlichen Haushalte in der Ausgangslage.

Aus dieser Sicht erscheint eine zusätzliche Nettokreditaufnahme unbedenklich und zugleich politisch opportun. Gerade angesichts der noch unbekanntenen Lasten spricht vieles für eine vorsichtige, an dem Prinzip finanzpolitischer Solidität ausgerichtete Finanzpolitik. Zu denken wäre hier an die Schaffung von Finanzierungsspielräumen über Haushaltseinsparungen und Umschichtungen ( z. B. Subventionssabbau, Verteidigung, Berlinförderung). Manches ist auch über Wachstum in beiden Teilen Deutschlands zu finanzieren, aber die Option von Steuererhöhungen muß bei einer soliden Finanzpolitik offengehalten werden.

Der Geldpolitik kommt die Rolle zu, Inflationstendenzen entgegen zuwirken. Insofern bestimmen auch Lohn - und Finanzpolitik den von der Bundesbank einzuschlagenden geldpolitischen Kurs. Müßte die Bundesbank ihrem gesetzlichen Auftrag entsprechend auf einen Restriktionskurs gehen, käme es zu Bremswirkungen bei der Wachstumsdynamik.

#### SCHLUSSBEMERKUNGEN

Trotz aller Bedenken stehen die Chancen nicht schlecht, daß die Herausforderungen des Systemwandels und der Eingliederung gemeistert werden können. Der Erwartungsdruck ist hoch. Diesem steht ein Zeitbedarf der Anpassung entgegen, denn gleiche Lebensbedingungen können frühestens in 10 bis 15 Jahren für Gesamtdeutschland erwartet werden. Insofern sind neben Einfallsreichtum und Flexibilität auch Ausdauer, Geduld und Beharrungsvermögen gefragt. Gefordert sind alle Deutschen im westlichen und östlichen Teil in einer noch nicht gekannten Weise. Historisch gibt es keine Parallele. Wir haben uns für eine Vorwärtsstrategie entschieden und müssen uns dieser Herausforderung stellen.

Hartmut Löffler, Ph. D.,

### Summary

#### PERSPECTIVES OF A UNITED GERMAN ECONOMY

This paper examines the development of the German economy and estimates its future growth. Especially emphasized are systematic changes and the balance between a prosperous economy and political consequences.

After monetary union, which has been accepted well and which was done without major technical difficulties or surge in inflation, other quite realistic possibilities for change are also present. However, some difficulties cannot be avoided and must not be ignored by the "architects" of the all-German economy. There is a huge dynamic of economies with adequate citizen expenditure in the western part of the newly united country, and relics of forty years of "real-existing" socialism, such as a bureaucratic mentality, inflexibility, inefficiency, and ownership difficulties in the eastern part ( and in other countries of Eastern Europe).

Besides all these controversial economic changes and adaptations in what was earlier known as East Germany, medium-term and long-term prospects for economic growth are positively regarded in this paper.